

amnesty international
25.März 1993

AI-Index: AMR 29/WU 04/93
Weekly Update NWS 11/26/93

**Brief von amnesty international an Alfredo Cristiani Burkard,
Präsident von El Salvador, am 25.3.1993**

Mit großer Bestürzung und Empörung hat amnesty international erfahren, daß das Parlament das Generalsmnestiegesetz zur Festigung des Friedens (Ley de Amnistía General para la Consolidación de la Paz) verabschiedet hat. Dieses Gesetz verletzt die Richtlinien, die in den Friedensvereinbarungen festgelegt wurden, die salvadorianische Verfassung und internationale Gesetze.

Wir haben Verständnis für die Notwendigkeit einer nationalen Versöhnung nach den langen Jahren des Kampfes in El Salvador. Dieses durchgreifende Gesetz wurde jedoch so schnell verkündet, daß das salvadorianische Volk aus Zeitgründen daran gehindert wurde, den Inhalt des Berichtes der Wahrheitskommission aufzunehmen und zu entscheiden, was tatsächlich im Interesse der nationalen Versöhnung wäre. Dieses Verfahren kann nur als absichtliche Maßnahme interpretiert werden, die ausschließlich dem Zweck dient, die Greuelthaten der Vergangenheit zu beschönigen und diejenigen vor Strafverfolgung zu schützen, die für schwere Menschenrechtsübergriffe verantwortlich sind. Angesichts der Tatsache, daß das Muster der Straflosigkeit seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens anhält, klingt es unaufrichtig, für die Verabschiedung des Amnestiegesetzes die nationale Versöhnung als Entschuldigung zu benutzen.

Die Opfer und ihre Familien haben laut feststehenden Richtlinien internationaler Gesetze das Recht zu wissen, was passiert ist, und das Recht darauf, daß die Verantwortlichen festgestellt und vor Gericht gestellt werden. Erst dann ist es möglich zu beginnen, von Vergebung zu sprechen, und erst dann werden die Wunden der Vergangenheit beginnen zu heilen.

Wir fordern Sie deshalb auf, das Amnestiegesetz nicht zu genehmigen, damit sowohl vollständige Untersuchungen der vergangenen Menschenrechtsübergriffe wie auch Strafverfolgungen gegen diejenigen, die ernste Menschenrechtsverletzungen begangen oder vertuscht haben, stattfinden können.

Eine Kopie dieses Briefes geht zur Information auch an den Außenminister.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1

Verbindlich ist das englische Original.